

Berlin, 06.04.2021

**Stellungnahme zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
„Perspektive für Therapieberufe schaffen – verbindlichen Fahrplan für die  
reguläre akademische Ausbildung aufstellen“**

BT-Drucksache 19/27829 zur Verlängerung der Modellklausel für Therapieberufe

Die Evaluation zur Modellklausel für die Therapieberufe hat bereits 2016 (für Expert/innen wenig überraschend) gezeigt, dass die hochschulische Ausbildung aus Versorgungsperspektive notwendig und aus organisatorischer Perspektive machbar ist. Die Ergebnisse bestätigten im Wesentlichen auch den nationalen und internationalen Forschungsstand.

Deshalb war bereits die erste Verlängerung der Modellklausel bis Ende 2021 eine gravierende Fehlentscheidung. Sie hat zur weiteren Desorientierung bei Auszubildenden, Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen, nachhaltiger Verunsicherung im Berufsfeld und auf dem Arbeitsmarkt geführt und den Fachkräftemangel weiter befeuert. Die erneute Fortsetzung der Doppelstruktur aus schulischer und hochschulischer Ausbildung mit Modellcharakter und ungeklärten Kompetenzprofilen ignoriert erneut alle seriösen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen von Fachexpert/innen. Sie wird unweigerlich dazu führen, dass Fachkräftemangel, Fehl- und Unterversorgung sich verschlimmern und verfestigen.

Die anhaltende Weigerung, die hochschulische Ausbildung als Regelfall zu implementieren und damit die Qualifikation von Therapeut/innen konsequent an therapiewissenschaftlichen Standards auszurichten bedeutet zwangsläufig, den Menschen in Deutschland eine evidenzbasierte Versorgung nach therapiewissenschaftlichen Standards weiterhin systematisch vorzuenthalten. Dies halten wir aus politischen und ethischen Gründen für nicht vertretbar. Wir plädieren dafür, die Modellklausel nicht zu verlängern, sondern die Überführung der Studiengänge in den Regelbetrieb unverzüglich einzuleiten und die dafür notwendigen Ressourcen bereitzustellen.

Der BLGS e.V. unterstützt das im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulierte Ziel, die regulären Studiengänge zu einem verbindlichen Zeitpunkt in der nächsten Wahlperiode zu starten und die therapeutischen Berufs- und Hochschulverbände an der Planung maßgeblich zu beteiligen. Darüber hinaus muss dies bereits mit Blick auf eine mittelfristig umzusetzende Vollakademisierung der Therapieberufe geschehen. Entsprechende Vorschläge dazu liegen vor.



Carsten Drude  
Vorsitzender

Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. vertritt die Interessen der Lehrenden und der Bildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er ist Ansprechpartner in allen Bildungsangelegenheiten der Gesundheits- und Sozialberufe im Bereich der theoretischen und der praktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der BLGS engagiert sich in fachlichen, pädagogisch-didaktischen Feldern, in der Mitgestaltung bildungspolitischer Prozesse sowie in der Bildungsentwicklung und im Bildungsmanagement.

Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR).